

FDP-Ratsfraktion – Rathenaustr. 16 – 33102 Paderborn

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Mobilität  
Herrn Dr. Klaus Schröder

- per E-Mail -

Fraktion der Freien  
Demokratischen Partei  
im Rat der Stadt Paderborn

**Alexander Senn**  
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle  
Rathenaustr. 16  
33102 Paderborn

Telefon (0 52 51) 87 11 80  
Email: buero@fdp-pb.de  
www.fdp-paderborn.de

Paderborn, 1. Oktober 2024

## **Antrag auf Aufhebung der Baumschutzsatzung**

Sehr geehrter Herr Dr. Schröder,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung:

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Paderborn beschließt die Aufhebung der Baumschutzsatzung.
2. Der Rat der Stadt Paderborn beschließt, die jährlichen Bürokratiekosten zur Durchsetzung der Baumschutzsatzung für Baumpflanzungen im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen.

### **Begründung:**

Eine immer weiter ausufernde Bürokratie gehört zu den am häufigsten von Bürgerinnen und Bürgern geäußerten Belastungen. Neben einer direkten zeitlichen und finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger bindet die Baumschutzsatzung zudem Personalkapazitäten in der Stadtverwaltung. Vor dem Hintergrund immer weiter steigender Belastungen sowie der überaus angespannten Personal- und Haushaltssituation der Stadt Paderborn ist aus unserer Sicht von einem Festhalten an dieser bürokratischen Regelung nicht sinnvoll.

So gut gemeint die Intention einer Baumschutzsatzung ist, darf die Intention nicht über augenscheinliche Mängel und unnötige Belastungen hinwegtäuschen. Aus Sicht der Freien Demokraten liegt der Baumschutzsatzung ein zumindest fragwürdiges Menschenbild zu Grunde. Anders, als die damalige Mehrheit im Rat, trauen die Freien Demokraten den Bürgerinnen und Bürgern einen verantwortungsvollen Umgang mit Bäumen auf ihren privaten Grundstücken zu.

So, wie die Technische Beigeordnete Frau Warnecke, in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Mobilität am 09.11.2023, ausweislich des Protokolls für die Stadt in Anspruch nimmt, selbstverständlich alles zu erhalten, was erhalten werden kann, sollte es dieses Grundvertrauen auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt geben.

Dies deckt sich auch mit der überschaubaren Anzahl der beantragten Baumfällungen. Ein flächendeckendes Abholzen von Bäumen auf Privatgrundstücken findet nicht statt. Ein derart tiefgreifender Eingriff in die Eigentumsrechte ist daher ordnungspolitisch nicht zu begründen. Auch, wenn die Beratungszahlen die Antragszahlen laut Aussage der Verwaltung um das Vier- bis Fünffache übersteigen, ist dies kein Beleg für die positive Wirkung der Satzung, sondern vielmehr ein Beweis für die Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Satzung verursacht dadurch einen nicht unerheblichen Mehraufwand! Um der Natur nachhaltig zu helfen und die Menschen von unnötigen bürokratischen Belastungen zu befreien, beantragen wir die Aufhebung der Baumschutzsatzung und die Einstellung der für die Umsetzung der Satzung notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für Baumpflanzungen im Stadtgebiet.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Senn